

Berlin, Sonntag,

Die Zeitung erscheint in der Woche zweifach.

Bezugs-Preis:

Wochensatz 7 M., 50 Pf., ohne Postenlohn, für ganz Deutschland 9 M., Österreich 13 Kr., 82 Hell., Rußland 4 Rub., 50 Kop., Holland 7 Fl. 50 Gts.

Für Frankreich, Belgien, England, Schweden, Amerika usw. Kreuzband- Sendung 20 M. für das Vierteljahr.

Bestellungen werden angenommen: Für England in London bei Miss. Siegle 30 Lime Street E.C. und Comie & Co. 19 Greenwich Street E.C.

Berliner Börsen-Beitung.

Bestellungen werden angenommen

bei allen

Postanstalten, Zeitungs-Spediteuren und unserer Expedition.

Mit besondere Beilagen ergehen:

Hotels- und Bäder-Anzeiger.

Vollständige Diebstahlslisten der Preussischen Klassen-Lotterie.

Allgemeine Verlosungsstadien mit Postanten-Listen

und viele andere wichtige tabellarische Uebersichten.

Insertions-Gebühr:

Die vierspaltige Zeile 50 Pf.

Reklametext 1 Mt.

Rechnsprecher:

Am 1. Nr. 243.

Telegramm-Adresse: Börsenfronte.

Redaktion und Expedition: Berlin W. 8., Kronenstraße Nr. 37. Annahme der Inserate: In der Expedition.

Reise-Abonnement.

Während der Reise-Zeit nehmen wir Wochen-Abonnements auf beliebige Dauer an unter täglicher Zustellung der Zeitung in Streifenband; der Preis stellt sich für den Laufgang des Deutschen Reiches sowie für Sendungen nach Oesterreich-Ungarn auf 1 Mark 50 Pf., für Sendungen nach den übrigen Staaten auf 1 Mark 75 Pf., für die Woche. Bestellungen nimmt die unterzeichnete Expedition entgegen.

Abonnenten, welche ihr zu Hause abonniertes Exemplar regelmäßig an einem anderen Orte zu erhalten wünschen, wollen wie folgt verfahren: a) haben sie bei einer Postanstalt abonniert, so wollen sie bei der Postanstalt ihres Wohnortes die Ueberweisung ihres Exemplars nach dem neuen Aufenthaltsort bei gleichzeitiger Zahlung der Ueberweisungsgebühr beantragen; b) empfangen sie ihre Zeitung durch einen Spediteur, so wollen sie bei diesem die Ueberweisung des Exemplars an die Post unter Zahlung der Ueberweisungsgebühr veranlassen.

Die Expedition der Berliner Börsen-Zeitung. Kronenstraße 37.

Siehe als V. Beilage:

Hotel- und Bäder-Anzeiger.

Vom Tage.

Der Kaiser ist gestern nachmittag bei den St. Pauli-Landungsbrücken in Hamburg unter dem Titel der Menge eingetroffen und feierlich empfangen worden.

Im ungarischen Abgeordnetenhaus legte Ministerpräsident Graf Agony Hedervary den Standpunkt der Regierung gegenüber den Vorlesungen an der türkisch-montenegroischen Grenze eingehend dar.

Sir Eidon Corfi, der diplomatische Agent Großbritanniens in Ägypten, ist schwer erkrankt; sein Zustand wird als hoffnungslos angesehen.

Wie aus London gemeldet wird, beschloß die County and Westminster Bank, das Geschäft in die Grundstücke der Director Bank zu übernehmen.

Der politische Einfluß der Deutschen in der nordamerikanischen Union.

Während Roosevelt zur Zeit seiner Präsidentschaft oft genug Veranlassung nahm, ein Loblied auf die Deutschen in der amerikanischen Union zu singen, hat der jetzige Präsident fast seltener freundliche Worte gegenüber den Deutsch-Amerikanern gefunden. Im so erfreulicher ist es, daß Präsident Taft, wie gemeinhin, fähig in einer Ansprache an die evangelisch-lutherische Generalsynode den Anteil der Deutschen an der Entwicklung von Nordamerika rühmend hervorzuheben und besonders den Männern von 1848 und 1849 nicht nur nach ihrer Charaktereigenschaft, sondern auch nach ihrer Tätigkeit im politischen Leben der Union ein warmes Lob gesollt hat.

Angeht diese Ausführungen des Präsidenten Taft rechtfertigt sich wohl die Frage: Welche Rolle spielen die Deutschen im politischen Leben der Vereinigten Staaten? Soeben ist nun von einem genannten Kenner der Verhältnisse, Albert F. W. Kern (New-York), eine höchst interessante Schrift „Zur Beurteilung der Deutschen im politischen Leben der Vereinigten Staaten“ erschienen, die trotz ihrer Kürze doch unser Thema in geistreicher Weise beleuchtet. Wir können uns hier natürlich nur mit einem kurzen Auszug begnügen und müssen uns auf die wesentlichsten Punkte beschränken.

Nach der Volkszählung von 1900 betrug in Amerika die Gesamtsumme der in Deutschland Geborenen rund 2 700 000, die Zahl der Nachkommen von der ersten Generation 7 800 000, zusammen also rund 10 500 000 Köpfe. Im gleichen Jahre betrug die gesamte Bevölkerung der Vereinigten Staaten rund 67 Millionen. Aber es ist zu bedenken, daß die Deutschen sich nicht wie die Franzosen nur in einem oder zwei Staaten niedergelassen haben, noch wie die Irländer hauptsächlich in Städten wohnen. Sie sind über das ganze weite Land verbreitet, und wenn sie auch in den mittleren Staaten einen bedeutenderen Teil an der Bevölkerung als in den südlicheren und den Neuenglandstaaten ausmachen, treten sie doch in keinem Staate in ausschlaggebender Masse auf.

Das Bundesgebiet ist 17 mal größer als das Deutschlands und kommt dem Europas mit 9 729 861 qkm fast gleich. In dem kleinen Deutschland wohnen 63 Millionen dicht beieinander; in dem ungeheuren Raum der Union nur 10-12 Millionen Deutscher, inmitten einer Bevölkerung von heute vielleicht 90-92 Millionen, d. h. also zwischen und neben 80 Millionen anders garteten Volkselementen.

Wären diese Deutschen getrennt und vereinigt in einem Staate, oder wäre vernünftigerweise, was einzelne deutsche Führer noch um die dreißiger und vierziger Jahre des letzten Jahrhunderts geplant hatten, draußen an der westlichen oder südwestlichen Grenze der damaligen Vereinigten Staaten sich ein großes Siedlungsgebiet zu sichern, darauf ein deutsches Gemeinwesen zu errichten mit der Absicht der Angleichung an die Vereinigten Staaten, so würde nichts im Wege stehen oder gestanden haben, dort dem deutschen Wesen eine unbewirkte Heimstätte zu schaffen, die deutsche Sprache zu Staats- und Schulsprache zu machen, eine Staatsform und Verwaltung einzurichten, die ein ununterbrochenes Fortbestehen deutscher Gesittung gewährleistet hätte. In Wirklichkeit sind sie aber über alle Staaten verteilt, und wenn sich auch glücklicherweise die Hauptmasse in den Mittelstaaten niedergelassen, so finden wir doch viele abgeprengt vom Hauptkörper weit unten in den Südstaaten oder hoch oben im Norden, in Maine und in Vermont.

In Michigan, in Siebenbürgen, in Ungarn und Kärnten läßt sich noch von deutscher Sprachinsel oder wenigstens deutschen Volkspflümmern reden, da oft noch ganze Täler, Bezirke oder Ortshäfen ausschließlich von Deutschen bewohnt sind, die, wenn auch abgetrennt von der großen deutschen Kultur-Gemeinschaft des einstigen Vaterlandes, doch nicht der erlöschenden und erhaltenden Kraft entbehren, die aus dem Zusammenleben mit Volksgenossen fließt. In manchen aber der amerikanischen Süd- und Nordstaaten treffen wir in diesen oder jenen Plätzen nur vereinzelte deutsche Familien an, die einzig und allein auf den Verkehr mit englisch sprechenden Nachbarn angewiesen sind.

In 10 Staaten machen die Deutschen, Eingewanderte mit den in Amerika geborenen Nachkommen der ersten Generation, weniger als 1 pSt. der Gesamtbevölkerung aus, in 5 Staaten zwischen 1 und 3 pSt., in 6 Staaten zwischen 3 und 6 pSt., in 8 Staaten zwischen 6 und 10 pSt.; d. h. also in 29 Staaten ist das Durchschnittsverhältnis der Deutschen zu der Gesamtbevölkerung weniger als 4 pSt. In 10 Staaten

schwankt es zwischen 10 und 20 vom Hundert und in 8 Staaten nur übersteigt es 30 pSt.; durchschnittlich ist es aber nur 12-13 pSt.

Wenden wir dies Verhältnis auf praktische Fragen, auf politische Entscheidungen, wo Stimmen gezählt und nicht gemessen werden, an, z. B. auf die Erwählung der Mitglieder zum Bundeskongreß in Washington! Dieser Kongreß, der Neidstag der Vereinigten Staaten, besteht, wie bekannt, aus einer doppelten Körperschaft, dem Hause der Abgeordneten und dem Senat. Die Abgeordneten werden vom Volke auf Grund der Bevölkerungs-Zahl, der Senat von der Staatslegislatur erwählt. Während heute ein Abgeordneter auf je 190 000 Einwohner kommt — die Zahl wurde im Laufe der Jahre mit dem Wachsen der Bevölkerung immer höher hinaufgeschraubt — bewilligte man von Anfang an, um zu verhindern, daß die größeren Staaten die kleineren durch Stimmenmehrheit erdrücken, jedem Staat, ob klein oder groß, dicht oder schwach bevölkert, je zwei Senatoren.

Erwartet man nun im Ernst, daß jene 29 Staaten, in denen die Deutschen nur 4 vom Hundert ausmachen, etwa Deutsche als ihre Vertreter in den Senat oder das Abgeordnetenhaus senden? Kann man erwarten, daß selbst die 10 Staaten, die nur 30 pSt. Deutsche in ihren Reihen zählen, dies tun? Wo absolute Mehrheiten den Ausschlag geben, darf man da etwas für Minderheiten erhoffen?

Die Folgerung daher, die so oft gemacht wird, daß, weil wir durchschnittlich 12-13 pSt. der Gesamtbevölkerung ausmachen, wir auch 12-13 pSt. der Senatoren und Abgeordneten haben sollten, muß, so bescheidend sie auf den ersten Blick erscheint, bei näherem Zusehen in sich zerfallen. Nicht der jeweilige Prozentsatz eines Volkselementes erwählt eine Vertretung, sondern die jeweilige Mehrheit der Gesamtbevölkerung des Staates, der Stadt und des Bezirks entscheidet die Wahl. 13 pSt. sind aber eben immer nur 13 Stimmen von möglichen 100. Die 13 pSt. der Deutschen müßten, wenn nur deutsch-völkische Gesichtspunkte zum Ausdruck kämen, immer von den 87 pSt. der anderen überstimmt werden. Es wäre also im Hinblick auf diese Tatsache ein unvorzeihlicher taktischer Fehler, sich auf die rein deutsch-völkische Seite zu verteilen. Ein solches Vorgehen würde unausbleiblich zum politischen Selbstmord führen.

Politischen Einfluß können die Deutschen nur gewinnen, wenn sie sich auf den einzig richtigen Standpunkt, auf den des amerikanischen Bürgers, unbedacht seiner Herkunft, stellen, in eine der bestehenden politischen Parteien eintreten, innerhalb dieser ihre Ansichten zum Ausdruck bringen, besonders an ihren Vorbereitungen und Vorwahlen (Primärwahlen) teilnehmen und am Wahltage das Jünglein der Wage bilden.

Dennoch wäre es falsch anzunehmen, daß sich im Kongreß zu Washington keine Deutschen finden. Tatsache ist, daß die Liste der zum Senat Erlorenen verschiedene Namen von Deutschen, die drüben geboren und erzogen wurden, aufweist, und daß die Zahl der Deutschen, oder von Deutschen abkommenden Abgeordneten eine so große ist, daß ihre namentliche Aufzählung Seiten ausfüllen würde.

Nicht minder finden sich Männer mit deutschen Namen in diplomatischen Diensten, als Vizekonsuln, Gesandte und Konsuln, in den Kabinetten der Präsidentsen, als Finanzminister, Generalpostmeister, Justizminister. Dehnt man die Untersuchung auf Einzelstaaten, Städte und Gemeinden aus, so sieht man Deutsche die höchsten Beamtenstellen besetzen. Der Staat Pennsylvania erkor im Laufe des letzten Jahrhunderts nicht weniger als zehn Gouverneure aus den Reihen der Deutschen. Verschiedene von ihnen verwalteten ihr Amt so vorzüglich, daß sie zwei- und dreimal wieder erwählt wurden. Deutschen Namen im Gouverneursstuhle begegnen wir selbst in Staaten, in denen der